

Neuorientierung der Außenwirtschaftsbeziehungen in Ostmitteleuropa. (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, 20.) Verlag Herder-Institut. Marburg/Lahn 1994. XII, 154 S., zahlr. Tab. i. T., DM 27,—.

Der Übergang der Länder Ostmitteleuropas zu marktwirtschaftlichen Systemen und die Auflösung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ im Jahre 1991 haben eine Neuorientierung der Außenwirtschaftsbeziehungen dieser Länder notwendig gemacht. Die damit verbundenen Fragen waren Gegenstand der Jahrestagung der Fachkommission Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates, die vom 26.–28. November 1993 in Eschwege stattfand. In insgesamt neun Beiträgen wird dieser Themenkomplex in dem vorliegenden Tagungsband am Beispiel Polens, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, Ungarns und der baltischen Staaten behandelt.

Wolfgang Queisser zeigt in seinem Beitrag „Der Außenhandel in der polnischen Transformation zur Marktwirtschaft“ auf, daß dieses Land eine exportorientierte Strategie verfolgt, wobei den Beziehungen zur Europäischen Union (EU) auf der Grundlage der sogenannten „Europa-Verträge“ eine besondere Rolle zukommt. Vollkommen zu Recht stellt der Autor heraus, daß die Öffnung der westlichen Märkte eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Umstrukturierung der polnischen Wirtschaft ist (trade not aid). Erste Erfolge auf diesem Weg sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die binnen- und außenwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse noch am Anfang stehen. – Ewa Synowiec untersucht in ihrem Beitrag „Systemic Transformation in Poland and its Trade Relations with the European Community“ die Auswirkungen, die Polen durch Ausrichtung seiner Außenhandelsstrukturen auf die EU erwarten kann. Die Autorin hebt hervor, daß Polen vor allem in den Bereichen komparative Vorteile besitzt, die aus Sicht der EU oft als „sensibel“ eingestuft werden (z. B. Kohle, Stahl, Eisen, Textil). Es ist daher nicht erstaunlich, daß die durch die EU eröffneten Liberalisierungschancen in diesen Bereichen bisher nur teilweise genutzt werden konnten. – „Die Rolle der ausländischen Direktinvestitionen im Rahmen des Transformationsprozesses in Polen“ analysiert Horst Brezinski. Polen ist vor allem aufgrund seiner relativ niedrigen Arbeitskosten und seiner vorteilhaften geographischen Position zu den potentiell großen Absatzmärkten in Osteuropa durchaus ein interessanter Investitionsstandort für Unternehmen aus der EU und Übersee. Noch fehlende institutionelle Voraussetzungen für funktionsfähige Märkte (insbesondere auf dem Kapital- und Arbeitsmarkt) sind jedoch Gründe dafür, daß die Direktinvestitionen auch in absehbarer Zeit unter den erwarteten Möglichkeiten bleiben werden.

Jiří Kosta und Alojz Neustadt arbeiten in ihrem Beitrag „Die Außenwirtschaft der tschechischen Republik – Konzeption, Maßnahmen und Ergebnisse“ heraus, daß das Freihandelsprinzip groß geschrieben und eine rasche Eingliederung in die EU anvisiert wird. Die mit der Umstrukturierung des Wirtschaftssystems einhergehenden Schwierigkeiten waren zwar – wie in allen ostmitteleuropäischen Ländern – größer als ursprünglich erwartet. In Bezug auf Preisniveaustabilität, Beschäftigung und außenwirtschaftliche Leistungsfähigkeit hat Tschechien jedoch gegenüber anderen Transformationsstaaten einen gewissen Vorsprung erreicht. Dieser kann nach Auffassung der Autoren dazu führen, daß die Bedingungen für die angestrebte EU-Mitgliedschaft im Alleingang schneller erfüllt werden können.

Franz-Josef Altmann beleuchtet in seinem Beitrag „Strukturprobleme der Trennung in ihren Auswirkungen auf den Außenhandel der Slowakischen Republik“. Im Gegensatz zu Tschechien setzt die Slowakei beim Umbau ihrer Wirtschaft in starkem Maße auf staatliche Entwicklungs- und Sozialprogramme. Diese unterschiedliche Konzeption kann die Zusammenarbeit der zuvor vereinten Staaten Tschechien und Slowakei erschweren. Sofern die Programme mit Formen eines verdeckten Protek-

tionismus verbunden sind, kann auch die außenwirtschaftliche Neuorientierung in Richtung der EU nachteilig beeinflusst werden. „Der Außenhandel der slowakischen Republik nach Auflösung der ČSFR“ ist Gegenstand des Beitrages von Ivan Okali. Die Trennung der beiden Teilstaaten im Jahre 1993 hat sich nach den Deregulierungs- und Liberalisierungsschritten im Jahre 1991 als zweiter „Systemschock“ ausgewirkt. Nach diesem doppelten Einschnitt besteht die Hauptaufgabe nun darin, die Wirtschaft der Slowakei stärker in die europäische und internationale Arbeitsteilung einzubinden.

Istvan Körösi hebt in seinem Beitrag „Neuorientierung und Strukturwandel der ungarischen Außenwirtschaft und die Auswirkungen des Assoziierungsabkommens mit der EU“ hervor, daß Ungarn unter den ostmitteleuropäischen Ländern am erfolgreichsten in der Einwerbung von Direktinvestitionen gewesen ist. Ursache dafür ist, daß die reale Rendite nach Steuer mehr als doppelt so hoch liegt wie in Westeuropa. Von großem Interesse sind, aber nur in Ansätzen diskutiert werden die Chancen und Perspektiven der Teilnahme der ostmitteleuropäischen Länder an der europäischen Integration nach Abschluß des Maastricht-Vertrages.

In ihrem Beitrag „Der Außenhandel Estlands und Litauens im Vergleich: Ursachen unterschiedlicher Entwicklung zwischen 1988 und 1993“ stellen Johann Butting und Kestutis Rudgalvis heraus, daß Estland bei der Neuausrichtung seiner Handelsbeziehungen auf westliche Staaten bisher erfolgreicher war als Litauen. Der entscheidende Grund dafür ist nach Auffassung der Autoren, daß der Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft in Estland konsequenter vorangetrieben worden ist als in Litauen, wo ein großer Teil des Sach- und Humanvermögens in international wenig wettbewerbsfähigen Industriezweigen gebunden ist.

„Die Neuorientierung der Außenhandelsströme in ihrer Auswirkung auf die wirtschaftsräumlichen Binnenstrukturen Polens und der baltischen Staaten“ ist die Fragestellung von Ekkehard Buchhofer. Der Autor macht deutlich, daß vor allem großstädtisch geprägte, mit einer differenzierten Hochschullandschaft ausgestattete Regionen die stärksten Neuorientierungsansätze in Richtung Privatisierung, Auslandskapitaleinsatz und Westhandelsausrichtung zeigen. Dabei haben einige westwärts gelegene Regionalmetropolen durchaus die Chance, sich als „Regionen mit erhöhter Weltmarktkompetenz“ zu entwickeln.

Mit den insgesamt neun Beiträgen gewinnt der Leser einen guten und tiefgehenden Einblick in die Problemstellungen, die aus der Neuausrichtung der Außenwirtschaftsbeziehungen in Ostmitteleuropa erwachsen. Es fehlt allerdings ein übergreifender Beitrag, der klar aufzeigt, daß von nahezu allen ostmitteleuropäischen Staaten eine Mitgliedschaft in der EU gegenüber einer eigenen handelspolitischen Blockbildung oder einem außenwirtschaftlichen Alleingang bevorzugt wird.

Bonn

Reiner Clement

Wilhelm Zeil: Slawistik in Deutschland. Forschungen und Informationen über die Sprachen, Literaturen und Volkskulturen slawischer Völker bis 1945. (Bausteine zur slavischen Philologie und Kulturgeschichte, Reihe A: Slavistische Forschungen, N.F., Bd. 9 (69).) Böhlau Verlag. Köln, Weimar, Wien 1994. X, 606 S., DM 248,—.

Mit der umfassenden Darstellung der Geschichte der Slawistik in Deutschland bis 1945 von Wilhelm Zeil ist es erstmals gelungen, den gewaltigen Umfang aller slawistischen Forschungen und sonstigen Aktivitäten in Deutschland in seiner Gesamtheit von den ersten Anfängen des 16. und 17. Jhs. bis in die neueste Zeit sichtbar zu machen. Was in der alten Bundesrepublik Deutschland als langfristiger Plan Ende der 70er Jahre entworfen wurde, nämlich auf dem Wege über „Materialien zur Geschichte der Slavistik